



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses für Bildung
Frau Susanne Müller, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5713
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

18. April 2024

29. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 21. März 2024

hier: TOP 2: Internationale Schule für den Wirtschaftsstandort Rheinhessen

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Tagesordnungspunkt 2 „Internationale Schule für den Wirtschaftsstandort Rheinhessen“ wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 21. März 2024 mit Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Den Wunsch, in Mainz ein internationales schulisches Angebot zu etablieren, gibt es aus nachvollziehbaren Gründen schon seit einigen Jahren.

Ob zukünftig eine „Vielzahl“ internationaler Fachkräfte in den Mainzer Raum kommen wird und eine entsprechende Nachfrage nach vermutlich englischsprachigen Schulplätzen generiert, wie der Antrag der Freien Wähler dies nahelegt, ist seitens des Ministeriums für Bildung nicht einzuschätzen, nicht zuletzt auch wegen der Zuständigkeit der Stadt Mainz als Schulträger bzw. als für die Schulentwicklungsplanung zuständiges Organ. Wenn ein möglicher Schulträger den entsprechenden Bedarf sieht, kann er eine Ergänzungsschule einrichten.

Das Ministerium für Bildung ist sehr interessiert daran, ein solches Angebot zu unterstützen, soweit die rechtlichen Rahmenbedingungen dies zulassen.

Die Stadt Mainz verfügt bereits jetzt über ein vielfältiges und sehr gutes Angebot an weiterführenden Schulen. Dies betrifft insbesondere das Sprachenangebot.



Am Schloss-Gymnasium in Mainz gibt es ein bilinguales Angebot in englischer Sprache, und das Otto-Schott-Gymnasium bietet neben dem bilingualen Angebot in französischer Sprache auch die Möglichkeit an, das deutsche Abitur und das französische Baccalaureat gleichzeitig zu erwerben.

Grundsätzlich ist bei der Errichtung einer Privatschule zwischen Ersatz- und Ergänzungsschulen zu unterscheiden:

Ersatzschulen halten ein schulisches Angebot vor, das hinsichtlich des Fächerkanons und der Lehrpläne weitgehend dem der öffentlichen Schulen entspricht. Die Unterrichtssprache ist Deutsch. Sie können deswegen auch staatliche Abschlussprüfungen wie das Abitur abnehmen.

Rheinland-Pfalz legt großen Wert auf ein breites und vielfältiges schulisches Angebot und refinanziert die Ersatzschulen deswegen bis zu einem Satz von 100 Prozent.

Wenn Ersatzschulen internationale Abschlüsse wie das International Baccalaureate Diploma (IB-Diploma) anbieten möchten, ist das IB nur als zusätzlicher Abschluss neben dem Abitur, also als Doppelabschluss, denkbar.

Solche Privatschulen sollen allen Schülerinnen und Schülern in gleicher Weise offenstehen und dürfen deswegen kein Schulgeld erheben. In Mainz gibt es mit dem Theresianum, dem Willigis-Gymnasium und der Maria-Ward-Schule (Gymnasium) ein sehr erfolgreiches Angebot von weiterführenden Schulen in privater Trägerschaft, das vom Land gefördert wird.

Anders verhält es sich bei den Ergänzungsschulen. Diese können in der Gestaltung der Unterrichtsinhalte sehr viel freier als die Ersatzschulen agieren. Die Unterrichtssprache muss nicht Deutsch sein. Sie können nach anderen als den rheinland-pfälzischen Curricula unterrichten – häufig sind dies Schulen, die sich im Rahmen der International Baccalaureate-Organization (IBO) bewegen – können aber aufgrund der Regelungen im Privatschulgesetz nicht gefördert werden. Solche Schulen nehmen häufig hohe Schulgelder, um ihre Finanzierung sicherzustellen. Dies ist auch in den anderen Bundesländern der Fall. Oft zahlen die (internationalen) Arbeitgeber der Eltern der Schülerinnen und Schüler das Schulgeld.



In Rheinland-Pfalz gibt es mit dem Theodor-Heuss-Gymnasium in Ludwigshafen und dem Gymnasium Birkenfeld derzeit zwei Schulen, die einen Doppelabschluss anbieten, mit dem das Abitur und das IB ganz oder teilweise zeitgleich erworben werden können.

Gleichzeit gibt es einen öffentlichen Diskurs darüber, dass eine Schule mit dem ausschließlichen Angebot eines IB-Abschlusses ein wichtiges Anliegen der Bildungsregion Mainz ist. Ein deutscher Schulabschluss steht dabei allerdings nicht im Fokus. Das Zielpublikum sollen Kinder und Jugendliche aus einem internationalen Umfeld sein. Eine Ergänzungsschule scheint diesem Ziel am meisten zu entsprechen. Eine solche Schule kann das Land nicht fördern. Die Finanzierung müsste über Unterstützer aus der Wirtschaft und über die Erhebung von Schulgeld erfolgen.

Das Ministerium für Bildung steht einem möglichen Schulträger gerne in allen privatschulrechtlichen Fragen beratend zur Verfügung. Und sofern eine weitere Mainzer Schule in öffentlicher Trägerschaft oder als Ersatzschule eine stärkere internationale Orientierung anstrebt, berät das Ministerium für Bildung in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht sehr gerne und klärt verbindlich ab, welche zusätzlichen Unterstützungsmöglichkeiten es gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefanie Hubig